

Engagement für eine sozial gerechtere Gesellschaft und mehr Solidarität

SoVD startet neue Kampagne

Politikverdrossenheit, ein Zuwachs an extremen Ideologien und eine sich immer weiter öffnende Schere zwischen Arm und Reich – das sind nur einige Alarmsignale, die ein zunehmendes Auseinanderdriften der Gesellschaft deutlich machen. Diese Entwicklungen betrachtet der SoVD in Niedersachsen mit großer Sorge. Deshalb startet er seine neue Kampagne „Für mehr Miteinander“, mit der er sich für eine sozial gerechtere Gesellschaft und einen stärkeren Zusammenhalt einsetzt.

„Für mehr Miteinander“ – so lautet das Motto der neuen SoVD-Kampagne, die Niedersachsens größter Sozialverband am 1. Februar startet. „Durch die derzeitigen gesellschaftlichen Entwicklungen fühlen sich immer mehr Menschen mit ihren Bedürfnissen nicht wahrgenommen und alleingelassen. Das zeigt sich bei uns im Beratungsalltag und auch bei unserer ehrenamtlichen Arbeit sehr deutlich. Für uns ist klar: Dagegen müssen wir etwas tun“, erläutert Dirk Swinke, Vorstandsvorsitzender des SoVD in Niedersachsen, den Hintergrund der Kampagne.

Wichtiges Ziel des SoVD: Solidarische Gesellschaft

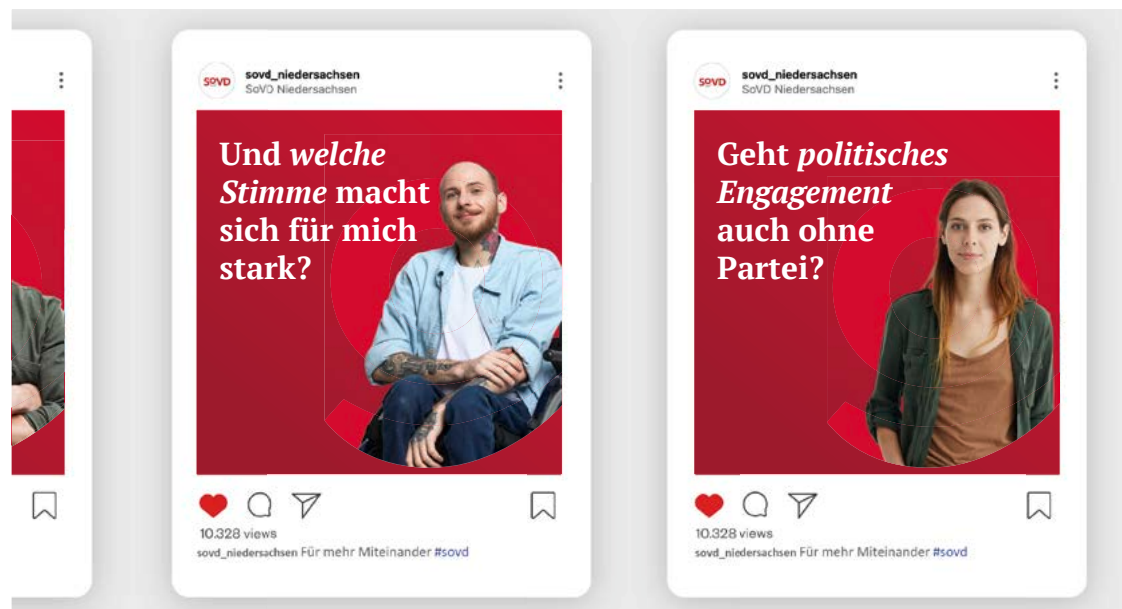
Seit über 100 Jahren engagiere sich der Verband für mehr soziale Gerechtigkeit und eine solidarische Gesellschaft. „Wir müssen dafür sorgen, dass die Menschen wieder mitgenommen fühlen und dass das gesellschaftliche Miteinander gefördert wird. Da dies seit jeher die zentrale Aufgabe des SoVD ist, werden wir uns mit unserer Kampagne genau dafür starkmachen“, so Swinke weiter.

Dabei geht es neben der kompetenten Beratung rund um die Themen Rente, Pflege, Behinderung, Gesundheit, Bürgergeld und Patientenverfügung auch um das soziale Engagement der fast 8.000 ehrenamtlich Aktiven im SoVD. „Diese Menschen sind das Fundament unserer Arbeit, machen unsere politischen Anliegen vor Ort greifbar und geben unseren Mitgliedern eine Stimme“, betont der Vorstandsvorsitzende.

Bei der neuen Kampagne wird eine gerechtere Sozialpolitik im Mittelpunkt stehen. „Hier gibt es noch einiges zu tun – zum Beispiel bei den Themen Pflege, Armut, Demokratieförderung und Klimapolitik. Deshalb wird es auch in ganz Niedersachsen entsprechende Aktionen geben, um Politiker*innen wachzurütteln“, sagt der niedersächsische SoVD-Chef. Denn er ist davon überzeugt: „Eine sozial gerechte Politik ist die Grundvoraussetzung für ein gutes gesellschaftliches Miteinander. Hier muss mehr getan werden.“

Ausführlichere Informationen zur neuen SoVD-Kampagne sind unter www.fuer-mehr-miteinander.de abrufbar.

„Für mehr Miteinander“



Abbildungen: Steeeg GmbH

Die SoVD-Kampagne wird begleitet von regelmäßigen Beiträgen in den sozialen Medien, die das Engagement des SoVD veranschaulichen.

Hohe Pflegeheimkosten: SoVD in Niedersachsen fordert Übernahme der Investitionskosten

„Betroffene nicht weiter im Regen stehen lassen“

In Niedersachsen werden Plätze in Pflegeheimen immer teurer – obwohl sich die Zuschüsse erhöht haben. Seit dem 1. Januar müssen Betroffene laut VDEK-Erhebung monatlich 80 Euro mehr zahlen als noch ein Jahr zuvor. Für den SoVD in Niedersachsen ist das ein unhaltbarer Zustand. Denn: Immer mehr Pflegebedürftige müssen Sozialhilfe beantragen, weil sie die Kosten alleine nicht mehr stemmen können. Der SoVD fordert deshalb die Landesregierung auf, ihre Blockadehaltung zu beenden und die Investitionskosten für Pflegeheimplätze zu übernehmen.



Foto: Mittermueller Bildbetrieb

Zahlreiche Pflegeheimbewohner*innen in Niedersachsen können den Eigenanteil nicht mit ihrem Renteneinkommen finanzieren.

Immer mehr Menschen in Niedersachsen kommen verzweifelt zum SoVD, weil sie die Kosten für einen Pflegeheimplatz nicht mehr zahlen können. „Die Betroffenen wissen meistens nicht mehr weiter. Obwohl viele eine durchschnittliche Rente bekommen, stehen sie finanziell mit dem Rücken zur Wand. Da bleibt dann nur der Gang zum Sozialamt. Das ist wirklich beschämend“, sagt Dirk Swinke, Vorstandsvorsitzender des SoVD in Niedersachsen. Zwar gebe es neuerdings höhere Zuschüsse für die Pflegeheimkosten, diese

laufen jedoch offensichtlich ins Leere.

„Dass trotz höherer Zuschüsse durch die Pflegeversicherung die Kosten um 80 Euro im Monat gestiegen sind, zeigt deutlich, dass das Ganze zwar gut gemeint, aber bei Weitem nicht ausreichend ist“, so Swinke. Hier müsse dringend nachgebessert werden.

20 Prozent des Eigenanteils sind Investitionskosten

„Vor allem muss die niedersächsische Landesregierung endlich eingreifen. Seit Langem fordern wir, dass die Investiti-

onskosten wieder übernommen werden. Sie machen immerhin 20 Prozent des Eigenanteils aus, den Betroffene zahlen müssen“, betont der Vorstandsvorsitzende.

Allerdings blockiere die Politik diese Kostenübernahme. „Dabei wäre das eine schnelle und unkomplizierte Entlastung. Wenn es der Landesregierung ernst ist mit der Unterstützung von Pflegebedürftigen, dann muss die Übernahme jetzt kommen. Pflegebedürftige und ihre Angehörigen dürfen nicht weiter im Regen stehen gelassen werden“, fordert er.

Mitglied der SoVD-Landeskonferenz verstorben

Trauer um Jörg Dworatzek



Jörg Dworatzek, 1. Vorsitzender des SoVD-Kreisverbands Goslar und Mitglied der SoVD-Landeskonferenz, ist am 19. Januar 2024 im Alter von 53 Jahren unerwartet verstorben.

Jörg Dworatzek gehörte seit 2018 dem SoVD-Ortsverband Münchehof an und übernahm im selben Jahr auch die Funktion des 2. Vorsitzenden. Ab 2021 war er als 1. Vorsitzender im Ortsverband tätig. Den Kreisverband Goslar führte er als 1. Kreisvorsitzender seit 2022 und gehörte seit Mitte des vergangenen Jahres auch dem damaligen SoVD-Landesvorstand

in Niedersachsen – der jetzigen Landeskonferenz – an.

Mit Jörg Dworatzek verlieren wir einen außergewöhnlichen Menschen, der sich mit seiner Tatkraft und seinen Ideen für die Ziele und Überzeugungen des SoVD in besonderer Weise eingesetzt hat. Wir sind sehr betroffen und trauern um einen Mitstreiter für soziale Gerechtigkeit. Unser tiefes Mitgefühl gilt seiner Familie.

Der SoVD-Landesverband Niedersachsen, der Kreisverband Goslar und der Ortsverband Münchehof werden Jörg Dworatzek stets ein ehrendes Andenken bewahren.

SoVD engagiert sich für eine Lösung, die die Inklusion stärkt

„Runder Tisch Taxi“

Im Jahr 2022 hatten viele Kommunen in Niedersachsen aufgrund der gestiegenen Preise eine neue Gebührenordnung für Taxifahrten beschlossen. Mehrere Kommunen hatten in diesem Rahmen einen zusätzlichen Aufschlag für Rollstuhlfahrer*innen angekündigt. Der SoVD in Niedersachsen reagierte mit Stellungnahmen, Pressemitteilungen und Gesprächen empört auf dieses Vorhaben, da es aus Sicht des Verbands der Inklusion zuwiderlaufe. Kürzlich gab es in der Debatte Bewegung.

Derartige Zusatzgebühren seien diskriminierend und würden Menschen mit Behinderung in ihrer gesellschaftlichen Teilhabe massiv benachteiligen, sagte der SoVD 2022 nach der Ankündigung der Kommunen. Die damalige niedersächsische Sozialministerin Daniela Behrens pflichtete der deutlichen Kritik des SoVD bei. Sie wandte sich an den damaligen Wirtschafts- und Verkehrsminister Bernd Althusmann, um gemeinsam mit den Kommunen nach Lösungen zu suchen.

Kürzlich kam Bewegung in die Debatte: Das niedersächsische Wirtschaftsministerium lud den SoVD zum „Runden Tisch Taxi“ ein. Beim Gespräch mit dabei waren Vertreter*innen des Sozialministeriums, der Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen Spitzenverbände Niedersachsen, des Gesamtverbands Verkehrsgewerbe Niedersachsen,



Foto: Andriy Popov / PantherMedia

Taxizuschläge für Rollifahrer*innen widersprechen dem Recht auf Teilhabe und dem Recht auf barrierefreie Mobilität, so der SoVD.

der Landesnahverkehrsgesellschaft Niedersachsen mbH, des Mess- und Eichwesens Niedersachsen und des Niedersächsischen Inklusionsrats von Menschen mit Behinderung.

Alle Beteiligten waren der Auffassung, dass Taxizuschläge für Rollstuhlfahrer*innen nicht hinnehmbar sind. Die Vertreterin des SoVD, Katharina Lorenz, schlug als Lösung eine

Zuschussvergabe an die beteiligten Taxiunternehmer*innen durch die Kommunen oder das Land vor. Auch ein Teilhabebegeld in Form eines Mobilitätsbudgets für Menschen mit Behinderung sei eine mögliche Lösung.

Ein weiteres Treffen des „Runden Tisches Taxi“ wird mit allen Beteiligten Anfang März 2024 stattfinden.

„Demokratie stärken – Aktiv werden gegen Rechtsextremismus“

Ehrenamtsakademie 2024

Das zunehmende Erstarken der AfD und die Verbreitung rechtspopulistischer, menschen- und minderheitenfeindlicher Positionen in der Bevölkerung betrachtet der SoVD in Niedersachsen mit größter Sorge. Der Verband sieht es als seine Verantwortung an, sich der Normalisierung rechtsextremer Positionen in Politik und Gesellschaft deutlich entgegenzustellen. Dazu möchte der SoVD auch seine ehrenamtlich Engagierten und interessierte SoVD-Mitglieder ermutigen und sie bestmöglich unterstützen. Daher bietet der Landesverband im April an drei Terminen Ehrenamtsakademien zum Thema „Demokratie stärken“ an.

Eine deutliche Positionierung gegen antidemokratische Tendenzen und menschenfeindliche Forderungen wird immer wichtiger (siehe auch Seite 10). Um der Normalisierung von rechten Ideologien entgegenzuwirken, ist es nötig, sich zu erkennen zu geben und mit klarem Wertekompass ermutigend voranzugehen. Rechter Hetze und populistischer Rhetorik im politischen Diskurs kann der SoVD nur mit klarer Haltung und

guten Argumenten begegnen. Wie Demokratie konkret gegen rechtsextreme Kräfte verteidigt werden kann, möchte der SoVD-Landesverband gemeinsam mit seinen ehrenamtlich Aktiven und interessierten Mitgliedern erörtern. Daher veranstaltet der SoVD im April 2024 die Ehrenamtsakademie „Demokratie stärken“. Ziel der Veranstaltung ist, sprechfähig zu werden und klar Position gegen rechte Menschenfeindlichkeit beziehen zu

können. Referent*innen des Landes-Demokratiezentrums Niedersachsen sowie der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Niedersachsen begleiten die Veranstaltungen gemeinsam mit SoVD-Vertreter*innen.

Termine und Veranstaltungsorte: Samstag, 6. April, in Verden | Freitag, 12. April, in Bad Zwischenahn | Donnerstag, 18. April, in Hildesheim.

Die Veranstaltungen sind kostenfrei. Sie beginnen jeweils um 10 Uhr mit einem Begrüßungskaffee und enden gegen 16 Uhr. Für Mittagessen ist gesorgt. Die Teilnehmendenzahl ist aufgrund der Diskussions- und Übungsmöglichkeiten auf 25 Personen begrenzt. Interessierte Mitglieder und Ehrenamtliche können sich bis 15. März gerne unter www.sovd-weiterbildung.de oder per E-Mail an weiterbildung@sovnd-nds.de anmelden. Die konkreten Veranstaltungsorte werden mit der Teilnahmebestätigung mitgeteilt.



Foto: Stefanie Jäkel

Die SoVD-Ehrenamtsakademien bieten Gelegenheit, sich über wichtige Verbandsthemen zu informieren und auszutauschen.

Inflationsausgleichsprämie: SoVD kritisiert Ungleichbehandlung

Rentner*innen werden abgehängt

Bis zu 3.000 Euro erhalten ehemalige niedersächsische Beamte*Beamtinnen ab April dieses Jahres als Ausgleich für die gestiegene Inflation. Möglich machen dies die Tarifeinigung im öffentlichen Dienst und ein entsprechender Gesetzentwurf der Landesregierung. Die Tatsache, dass es für Rentner*innen keine Ausgleichzahlung gibt, ist in den Augen des SoVD zutiefst ungerecht. Er fordert deshalb von der Politik, eine entsprechende finanzielle Unterstützung auf den Weg zu bringen.

„Wir gönnen wirklich jedem* jeder eine solche Ausgleichzahlung. Was wir aber nicht

einfach hinnehmen können, ist die Tatsache, dass es so eine Unterstützung für die fast zwei Millionen Rentner*innen in Niedersachsen nicht geben wird. Da wird mit zweierlei Maß gemessen“, kritisiert Bernhard Sackarendt, Vorsitzender des SoVD-Verbandsrats in Niedersachsen. Betroffene könnten diese Ungerechtigkeit nicht nachvollziehen und fühlten sich von der Politik im Stich gelassen. Deshalb müsse sich Niedersachsen im Bundesrat dafür starkmachen, dass diese Ungerechtigkeit beendet werde und auch Rentner*innen mit einer Ausgleichzahlung entlastet werden.



Foto: Iulianna Est / Adobe Stock

Für Niedersachsens größten Sozialverband steht fest, dass auch Rentner*innen eine Sonderzahlung erhalten müssen.

JETZT REINHÖREN

Neue Folge des SoVD-Podcasts

Minijobs werden immer beliebter – vor allem Frauen, aber auch viele Rentner*innen nehmen sie an, um sich etwas dazu zu verdienen. Allerdings gibt es einige Stolperfallen, die man kennen sollte, bevor man eine geringfügige Beschäftigung annimmt. Das betrifft vor allem das Thema Rente. Warum es dabei problematisch werden kann, zeigt der Fall in der aktuellen Podcast-Folge von „Kein Ponyhof“. Mit Frank Rethmeier, Rechtsanwalt und Leiter der Fachgebieten Sozialrecht beim SoVD in Niedersachsen, sprechen die Moderatorinnen Katharina Lorenz und Stefanie Jäkel darüber, welche Rechte Minijobber*innen generell haben und was passiert, wenn Betroffene krank oder arbeitsunfähig werden.

Der SoVD-Podcast erscheint einmal im Monat und ist auf allen gängigen Podcast-Plattformen sowie unter www.sovd-nds.de/podcast abrufbar.

Forderungen nach barrierefreien Angeboten und mehr Teilhabe

Psychische Gesundheit für alle

Seit 2018 berät die Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung (EUTB®) erfolgreich Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen. Doch die Arbeit der Berater*innen zeichnet sich nicht nur durch die Unterstützung der Betroffenen aus. Aufgrund ihrer Erfahrungen sehen sie sehr deutlich, wo Menschen mit Behinderung konkret benachteiligt werden. Während ihrer Jubiläumsveranstaltung zum fünfjährigen Bestehen haben die Berater*innen deshalb mit den Teilnehmenden konkrete Forderungen an die Politik rund um die Themen gleichberechtigte Teilhabe und psychische Gesundheit erarbeitet.

Niedrigschwellige Beratung auf Augenhöhe – das ist das Markenzeichen der EUTB®-Beratung. Egal, ob im Ammerland, im Emsland, im Heidekreis, in Goslar, in der Wesermarsch, in Leer, Nienburg, Northeim oder Holzminden: In Niedersachsen stehen die Berater*innen Menschen mit Behinderung und ihren Angehörigen mit Rat und Tat zur Seite. Elf dieser Beratungsstellen befinden sich in Trägerschaft des SoVD in Niedersachsen.

„Unsere Kolleginnen und Kollegen sehen jeden Tag in der Beratung, mit welchen Schwierigkeiten Menschen mit Behinderung in unserer Gesellschaft konfrontiert sind. Gerade beim Thema psychische Gesundheit wird sehr deutlich, wie weit wir noch von echter Teilhabe entfernt sind“, sagt Dirk Swinke, SoVD-Vorstandsvorsitzender in Niedersachsen. Grund genug, um sich damit anlässlich des diesjährigen Jubiläums zu beschäftigen und bei wichtigen Punkten



Foto: Valerii Honcharuk / Adobe Stock

Vor allem für Jugendliche und Kinder gibt es bislang viel zu wenige barrierefreie psychotherapeutische Angebote.

genauer hinzuschauen. „Deshalb haben die Teilnehmenden politische Forderungen entwickelt, die wir nutzen werden, um bei der Politik noch stärker den Finger in die Wunde zu legen“, so Swinke weiter.

Die Ergebnisse der Veranstaltung zeigen: Insbesondere die

psychotherapeutische Versorgung ist problematisch. „Es gibt viel zu wenig barrierefreie Angebote – gerade für Kinder und Jugendliche. Hier muss der Bedarf unbedingt neu ermittelt und die Versorgung angepasst werden“, fordert der Vorstandsvorsitzende. Zudem müssten Psycho-

therapeut*innen verstärkt für die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung sensibilisiert werden. „Das spielt gerade bei Betroffenen, die keine sichtbare Behinderung haben, eine große Rolle“, betont er. Insgesamt gehe es um den umfassenden Abbau von Barrieren.

Online-Vortrag des SoVD informiert im Februar rund um häusliche Pflege

Pflegegrad, Begutachtung & Co.

Im Februar widmet sich der SoVD in Niedersachsen im Rahmen seiner digitalen Vortragsreihe dem Thema häusliche Pflege. Die kostenlose, eineinhalbstündige Zoom-Veranstaltung steht SoVD-Mitgliedern sowie allen anderen Interessierten offen.

Wenn es darum geht, eine*n Angehörige*n zu Hause zu pflegen oder im eigenen Heim gepflegt zu werden, sind Betroffene häufig verunsichert und haben viele Fragen. Daher bietet der SoVD in Niedersachsen am 29. Februar einen kostenlosen Online-Vortrag zum Thema „Pflegegrad, Begutachtung & Co.: Was muss ich bei der Pflege zu Hause beachten?“ an. Teilnehmende er-

halten von Referentin Katharina Lorenz von 16.00 bis 17.30 Uhr hilfreiche Informationen und bekommen Antworten auf ihre Fragen. „Regelmäßig kommen Mitglieder zu uns, weil sie Fragen zur häuslichen Pflege haben. Denn wer zum Beispiel einen Pflegegrad beantragen möchte, stößt oft auf Unklarheiten. Viele sind auch mit dem Ausfüllen der zahlreichen Anträge überfordert.

Dabei unterstützen wir gerne. In meinem Vortrag gehe ich außerdem auf Unsicherheiten ein, die uns in unserer Beratung häufig begegnen“, sagt Lorenz.

Wer teilnehmen möchte, kann sich bis zum 26. Februar unter weiterbildung@sovnd-nds.de anmelden. Den Teilnahmelink versendet der SoVD spätestens am Tag der Veranstaltung per E-Mail.



Foto: Stefanie Jäkel

Jetzt vormerken: Februar-Termine für die WhatsApp-Sprechstunde

Sie haben eine kurze Frage und wollen dafür nicht extra ins SoVD-Beratungszentrum gehen? Dann nutzen Sie die WhatsApp-Sprechstunde unter dem Motto #FragDenSoVD.

Fügen Sie die Nummer 0511 65610720 zu Ihren Kontakten hinzu und stellen Sie Ihre Frage ganz einfach über WhatsApp. Bei den regelmäßigen Terminen beantworten SoVD-Berater*innen Ihre Fragen rund um Rente, Pflege, Behinderung, Gesundheit, Bürgergeld sowie Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht. Die nächsten WhatsApp-Sprechstunden finden am 6. und 20. Februar, jeweils Dienstag, von 17 bis 18 Uhr statt. Die aktuellen Termine werden auch unter www.sovd-nds.de veröffentlicht.

Impressum

Sozialverband Deutschland
Landesverband Niedersachsen e. V.
Herschelstraße 31 · 30159 Hannover
Tel.: 0511 70148-0
Fax: 0511 70148-70
www.sovd-nds.de
presse@sovnd-nds.de

Redaktion:
Sara Masić | Tel.: 0511 70148-54
Elin Schweiger | Tel.: 0511 70148-67

Leitung:
Stefanie Jäkel | Tel.: 0511 70148-69

Vertrieb und Druck:
Zeitungsdruck Dierichs, Kassel

Für unverlangt eingesandte Texte und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

„Nach der Zeit der Tränen und der tiefen Trauer bleibt die Erinnerung. Die Erinnerung ist unsterblich und gibt uns Trost und Kraft.“

Am 21. Dezember 2023 verstarb

Dieter Fiege

Dieter Fiege war in verschiedenen Funktionen für den Sozialverband Deutschland (SoVD) tätig. Seit 2012 gehörte er dem Ortsverband Buxtehude an. 2016 übernahm er dort die Funktion des Schatzmeisters, die er bis 2018 ausübte. Seit Mai 2018 engagierte sich Dieter Fiege im Kreisverband Stade. Dort war er ebenfalls als Schatzmeister tätig. Zudem war er seit 2022 Revisor im Ortsverband Stade.

Mit Dieter Fiege verliert der SoVD ein wertvolles Mitglied. Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

In stillem Gedenken

Bernhard Sackarendt
Verbandsratsprecher
SoVD-Landesverband
Niedersachsen

Dirk Swinke
Vorstandsvorsitzender
SoVD-Landesverband
Niedersachsen

Günter Grootjans
Vorsitzender
SoVD-Kreisverband
Stade



„Barcamp Equal Pay – Geschlechtergerechte Arbeitswelt 5.0“

Barcamp zur Zukunft der Arbeitswelt

Der SoVD, die Friedrich-Ebert-Stiftung und weitere Netzwerkpartner*innen veranstalten am 2. März von 10 bis 15 Uhr ein Barcamp anlässlich des Equal Pay Day (EPD). Der EPD, bundesweiter Aktionstag für Entgeltgleichheit, markiert symbolisch die Lohnlücke von 18 Prozent zwischen den Geschlechtern und fällt auf den Tag, bis zu dem Frauen statistisch gesehen umsonst arbeiten, während Männer schon ab dem 1. Januar für ihre Arbeit bezahlt werden.

Beim kostenfreien Barcamp am 2. März haben Interessierte die Gelegenheit, über Chancengleichheit, faire Bezahlung

und die Zukunft der Arbeitswelt zu sprechen. Ein Barcamp ist ein offenes, partizipatives Veranstaltungsformat, bei dem alle Teilnehmer*innen eingeladen sind, ihre Fragen, ihr Wissen und ihr Können einzubringen und aktiv die Themen und den Ablauf des Tages mitzugestalten.

Zum Auftakt der Veranstaltung wird Professorin Nicole Mayer-Ahuja Ergebnisse ihrer Forschung zu aktuellen Entwicklungen in der Arbeitswelt präsentieren.

Anmeldungen sind bis zum 23. Februar möglich. Weitere Informationen und Anmeldung unter: <https://www.fes.de/veranstaltungen>.



Abbildung: Einladungskarte für das Barcamp

Weihnachtsaktion in den Kreisverbänden Wesermarsch und Oldenburg-Delmenhorst

Briefe gegen Einsamkeit

Die beiden SoVD-Kreisverbände Oldenburg-Delmenhorst und Wesermarsch haben auch 2023 wieder die Aktion „Briefe zum Fest“ organisiert und ermutigende Weihnachtspost für Menschen in Pflegeheimen gesammelt.

„Wir haben in den Medien aufgerufen, für uns Briefe zu senden, ohne Adressat, dafür mit mehr Zuversicht. Viele Menschen in Heimen sind einsam, gerade zum Fest. Sie freuen sich, wenn sie lesen, dass jemand an sie denkt“, sagt Renate Ripken vom SoVD in Oldenburg. Fast 200 Grüße gingen anschließend vom SoVD-Büro hinaus an Heime in Oldenburg, etwa an das Lambertistift, wo die Briefe bei der Weihnachtsfeier verteilt wurden.

Für fast 90 Menschen hatte der SoVD Wesermarsch Besinnliches erhalten: 75 Briefe, zehn Basteleien – und drei plattdeutsche Geschichten, die ein Bürger der Wesermarsch eingesprochen und auf einen USB-Stick gespeichert hat. In den Heimen waren sie wie ein Podcast zu hören. Die Briefe wurden an Pflegeheimbewohner*innen in Brake, Nordenham und Lemwerder verteilt. „Wir freuen uns über alle Briefe und Basteleien. Sie zeigen Respekt – und dass auch dieses Jahr wieder viele an andere gedacht haben“, sagt Julia Lax, SoVD-Beraterin in Brake.



Fotos (2): Dr. Hergen H. Riedel

Julia Lax, Leiterin SoVD-Beratungszentrum in Brake, Wesermarsch



Renate Ripken vom SoVD in Oldenburg-Delmenhorst und Angelika Mielke-Rüscher, Heimleiterin und Geschäftsführerin Lambertistift Oldenburg (v.L.)

SoVD fordert: Niedersachsen muss beim sozialen Wohnen Turbo zünden

109.000 Sozialwohnungen fehlen

Dramatische Lage auf dem sozialen Wohnungsmarkt: Eine Studie des Bündnisses „Soziales Wohnen“ macht deutlich, dass in Deutschland mehr als 910.000 Sozialwohnungen fehlen. Niedersachsen gehört mit einem Defizit von 109.000 fehlenden Wohnungen zu den traurigen Spitzenreitern. Der SoVD in Niedersachsen fordert deshalb ein wohnungspolitisches Turbo-Programm von der Landesregierung. Ansonsten drohe Mieter*innen mit geringem Einkommen ein finanzielles Desaster.

In Niedersachsen wissen immer mehr Menschen nicht, wie sie ihre Miete zahlen sollen. „Im vergangenen Jahr hat sich die Anzahl der Anträge auf Wohngeld in unserem Beratungsalltag mehr als verdoppelt. Das zeigt, wie eng die Lage für viele Betroffene ist“, so Bernhard Sackarendt, Vorsitzender des SoVD-Verbandsrats in Niedersachsen. Doch mit finanzieller Unterstützung sei es nicht getan: „Es fehlt vor allem an bezahlbarem Wohnraum.“ Obwohl das Problem seit Langem bekannt sei, tue die Politik in Niedersachsen viel zu wenig. „Eigentlich hat sich die Landesregierung verpflichtet, 100.000 neue Sozialwohnungen zu bauen. Die aktuelle Studie macht allerdings deutlich, dass die Situation bei uns besonders verheerend ist. Nur Bayern, Baden-Württemberg und Berlin stehen

noch schlechter da. Es muss endlich was passieren“, betont Sackarendt.

Am Geld kann es aus Sicht des SoVD nicht liegen: „Aus der Studie geht hervor, dass die Kommunen immer häufiger die Kosten der Unterkunft übernehmen müssen, auch wenn die Miete eigentlich zu hoch ist. Denn: Betroffenen finden meistens keinen angemessenen Wohnraum“, erläutert der Verbandsratsvorsitzende. Konkret bedeute dies, dass die Sozialausgaben fürs Wohnen achtmal so hoch seien wie die Förderung für den Neubau von Sozialwohnungen. „Das ist eine völlige Fehlplanung. Die Landesregierung muss jetzt schnell den Neubau vorantreiben, damit auch die Sozialkassen nicht unnötig belastet werden“ sagt Sackarendt. Um schnelles und preisgünstiges Bauen zu er-

möglichen, fordert Niedersachsens größter Sozialverband zudem weniger langwierige Genehmigungsverfahren sowie weniger hemmende Vorschriften und Auflagen. Außerdem müssten Fehlbelegungen vermieden werden.



Foto: Ralf Gosch / Adobe Stock

Schnellere Genehmigungsverfahren und weniger Auflagen könnten den Wohnungsbau beschleunigen.

SoVD in Braunschweig sammelt Schulranzen

Unterstützung für Familien der Region

Es gibt in der Region Braunschweig viele Familien, darunter auch Flüchtlingsfamilien, denen es finanziell nicht gut geht. Da stellt die Anschaffung eines Schulranzens ein Problem dar. Der SoVD in Braunschweig bittet deshalb die Bevölkerung auch dieses Jahr wieder um Spenden von nicht mehr benötigten gut erhaltenen Schulranzen und Rucksäcken. Diese können ab sofort im SoVD-Beratungszentrum am Bäckerkling 8 abgegeben werden (Öffnungszeiten: montags bis donnerstags 9-16 Uhr, freitags 9-12 Uhr).

An der Aktion beteiligen sich die von Volkswagen Financial Services gegründete „Stiftung – Unsere Kinder in Braunschweig“ und die Braunschweigische Landessparkasse (BLSK). Die BLSK nimmt dieses Jahr bereits zum dritten Mal in Folge an der Aktion teil. Die Mitarbeiter*innen der jeweiligen Finanzunternehmen werden um Ranzen- und

Rucksackspenden gebeten. Diese werden dann an den SoVD übergeben.

Der Starttermin für die Ausgabe der Schulranzen und Rucksäcke ist am Samstag, 16. März 2024, beim SoVD am Bäckerkling 8. An diesem Samstag können sich die Familien von 9 bis 12 Uhr mit ihren Kindern ihre Favoriten aussuchen und mitnehmen. Weiter mit der Ranzenausgabe am Bäckerkling geht es dann ab dem 18. März, montags bis freitags zu den Öffnungszeiten.

Im Internet können in der Facebook-Gruppe „Schulranzenaktion“ ebenfalls Ranzen für die Region gespendet werden. Die Gruppe wurde während der Pandemiezeit eingeführt und verbindet die Spender*innen mit den Familien, die einen kostenlosen Ranzen benötigen. Fotos von den Schulranzen können in der Gruppe gezeigt werden. Bei Interesse können die Familien dann Kontakt zu den Spender*innen aufnehmen.